

2025/GS/3

Beschluss

Hilfe statt Hürden – Für solidarische Ausstiegsprogramme und Unterstützungsangebote für FINTA in der Prostitution

Wir stehen wir für eine feministische, solidarische und soziale Politik, die auf Selbstbestimmung, Schutz und Teilhabe aller Menschen zielt. Dafür braucht es auch im Bereich von Prostitution und Sexarbeit einen Ausbau der Beratungs- und Unterstützungsstrukturen sowie eine konsequente Entstigmatisierung und Verbesserung der Lebensrealitäten betroffener Menschen.

Die Situation von Prostituierten und Sexarbeiter*innen in Rheinland-Pfalz ist von strukturellen Benachteiligungen, sozialer Ausgrenzung und einem Mangel an passgenauen Unterstützungsangeboten geprägt. Obwohl Prostitution in Rheinland-Pfalz nicht überall sichtbar ist, existiert sie in vielen Regionen und ist oft mit prekären Lebenslagen, Unsicherheiten und Stigmatisierung verbunden. Die bestehenden Hilfesysteme sind bislang weder flächendeckend noch ausreichend auf die komplexen Bedarfe ausgerichtet.

Die bestehenden Unterstützungsangebote, wie die Beratungsstelle in Koblenz, sind erste wichtige Schritte aber reichen in Reichweite & Struktur nicht aus, um den tatsächlichen Bedarf flächendeckend zu decken. Der Ausstieg aus der Prostitution ist für viele FINTA ein langwieriger und komplexer Prozess, der intensive individuelle Begleitung und nachhaltige Perspektiven erfordert. Viele betroffene FINTA haben traumatische Erfahrungen gemacht, leiden unter psychischen Belastungen oder stehen vor erheblichen finanziellen und sozialen Hürden beim Ausstieg. Ausstiege aus der Prostitution verlaufen dabei selten geradlinig – Rückschläge, Existenzängste und fehlende berufliche Perspektiven erschweren den Prozess zusätzlich. Ein Ausstieg ist für viele daher ohne niedrigschwellige und langfristige Unterstützung kaum möglich.

Bundesweit geförderte Modellprojekte, etwa in Berlin, Nürnberg und Freiburg/Kehl, haben gezeigt, dass individuelle, ressourcenorientierte Beratung, psychosoziale Stabilisierung, Qualifizierungsmaßnahmen und eine enge Zusammenarbeit mit Jobcentern und Bildungsträgern zentrale Erfolgsfaktoren für einen nachhaltigen Ausstieg sind. Besonders bewährt haben sich eine enge individuelle Betreuung durch spezialisierte Sozialarbeiter*innen, die Entwicklung persönlicher Perspektiven und Qualifizierungsoptionen, die Unterstützung bei z.B. Behördengängen oder Wohnungssuche und eine enge Kooperation mit Jobcentern als Brücke in den regulären Arbeitsmarkt.

Die Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, dass nachhaltige Verbesserungen nur durch eine koordinierte, landesweite Strategie und eine solide Finanzierung erreicht werden können.

Daher fordern wir:

1. Aufbau landesweiter Strukturen & Finanzierung

- Flächendeckende Beratungsstellen: Schaffung eines Netzwerks mit Anlaufstellen in allen größeren Städten (z.B. Mainz, Ludwigshafen, Trier) nach dem Vorbild der Berliner Hydra e.V.-Kooperation. Es sollen mindestens 5 Regionalzentren in Rheinland-Pfalz aufgebaut werden um eine enge Betreuung der Klient*innen zu ermöglichen
- Landesweite Arbeitsgruppe: Es soll eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe (Soziales, Gesundheit, Integration) zur Koordination eingerichtet werden. Dabei sollen relevante Akteur*innen, wie z.B. Verbände und NGOs wie proFamilia oder auch die IHK mit eingebunden sein
- Langfristige Landesförderung: Die Finanzierung muss durch Landesmittel mit mind. 60% sichergestellt werden, um die Abhängigkeit von befristeten Bundesprojekten zu reduzieren. Auch Mittel aus dem europäischen Sozialfonds können zur Finanzierung herangezogen werden

2. Best-Practice-Modelle adaptieren

- Individuelle Umstiegsberatung: Implementierung des Bremer Models mit intensiver 1:1-Betreuung durch geschulte Sozialarbeiter*innen, kombiniert mit entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen wie z.B. Sprachkursen oder Praktika
- Kooperation mit Arbeitsmarkttakteur*innen: Es braucht fest verankerte Partnerschaften mit Jobcentern und Bildungsträgern, um die Arbeitsmarktintegration zu systematisieren

3. Fachliche Standards etablieren

- Leitfaden für Ausstiegsprozesse: Entwicklung eines landesspezifischen Handlungsleitfadens durch die oben genannte Arbeitsgruppe mit Fokus auf: - Niedrigschwelliger Zugang (anonym, kostenlos) - Psychosozialer Stabilisierung und Gesundheitsversorgung - Muttersprachliche Beratung durch Dolmetscher*innen
- Schulungen für Fachkräfte: Sensibilisierung für Traumata, Stigmatisierung und rechtliche Hürden (z.B. Aufenthaltsstatus, Leistungsansprüche, etc.)

4. Bestehende Projekte des Bundes nutzen & ausbauen

- Bewerbung um Bundesmittel: Rheinland-Pfalz sollte sich aktiv an Ausschreibungen des BMFSFJ beteiligen
- Verstetigung der Bundesmodellprojekte: auf Bundesebene sollen die Mittel für die Modellprojekte zunächst aufgestockt werden, zudem müssen bereits erfolgreich erprobte Modelle

aus dem Projektstatus heraus, um langfristige Finanzierungssicherheit zu haben. Perspektivisch soll es eine bundeseinheitliche Finanzierung von Ausstiegsprogrammen geben

Wir richten uns ausdrücklich nicht gegen Menschen, die freiwillig in der Sexarbeit tätig sind, sondern wollen gezielt diejenigen unterstützen, die aussteigen wollen – unter oft sehr belastenden Bedingungen. Die geforderten Maßnahmen sind notwendig, um den vielfältigen und komplexen Bedarfen der betroffenen FINTA gerecht zu werden, ihnen echte Alternativen und Perspektiven zu eröffnen und soziale Teilhabe zu ermöglichen.

Der Antrag wurde in der Sitzung des Landesparteirates am 29.09.2025 beschlossen.